

Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD, Linken und Grünen **angenommen**.

(Beifall von der LINKEN)

Wir sind am Ende der Beratung zum Tagesordnungspunkt 1 und kommen zu:

2 Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen handlungs- und zukunftsfähig bleiben – Der nordrhein-westfälische Landtag bleibt Partner und Anwalt der Kommunen

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/435 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/459

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/460

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Löttgen für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Weil das eben eine Steilvorlage war, lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen kurz auf die Fraktion Die Linke und Herrn Zimmermann eingehen:

Frau Ministerpräsidentin hat eben vollkommen zu Recht über die massiven Belastungen der Kommunen bei den Einheitslasten gesprochen. Da ist es schon ein starkes Stück aus dem politischen Tollhaus, dass sich die Linke als SED-Nachfolgepartei als Retter der kommunalen Selbstverwaltung aufspielt.

(Beifall von der CDU)

Ich war zwischen 1985 und 1990 mehrfach in der damaligen DDR, dort insbesondere auf dem Land, und sage Ihnen: Ein Blick auf die marode Infrastruktur der Städte und Kommunen in der DDR gibt mir heute mehr als genügend Gründe, um den Ratschlägen der Linken in diesem Themenfeld nicht zu folgen.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wir gerade dabei sind, aufzuräumen, möchte ich einen weiteren Punkt anführen: In einer Pressemitteilung veröffentlicht die Linke, dass wir, die CDU, einer langjährigen Forderung der Linken gefolgt sind.

(Hans-Willi Körfges [SPD]:Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört!)

Meine Damen und Herren, die Forderung, die Hälfte der Sozialhilfe zukünftig von der Bundesregierung tragen zu lassen, stammt aus einem Jahr, als die Linke noch die Antwort auf die Frage war, auf welcher Straßenseite man nach Hause geht.

(Beifall von der CDU)

1988 hat der Niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht – das können Sie gerne im „Spiegel“ oder in der „Zeit“ nachlesen – den Vorschlag unterbreitet, eine Bundesratsinitiative zu starten, um die Hälfte der Soziallasten zu senken.

(Zuruf von der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mich, lieber Hans-Willi Körfges, sehr geehrter Herr Mostofizadeh, dafür bedanken, dass die Gespräche, die wir geführt haben, eine sachliche und zielorientierte Atmosphäre hatten. Es war notwendig, diese Gespräche zu führen, und es ist notwendig, hier und jetzt über die Finanzlage der Kommunen zu sprechen. Ich weiß nicht, ob das heute schon jemand getan hat, aber denjenigen, die uns dazu veranlasst haben, dass wir das heute tun, sage ich: Herzlichen Dank!

(Beifall von der CDU – Wolfgang Zimmermann [LINKE]:Sie haben doch erst die Misere herbeigeführt! Schaumschläger!)

Die CDU hat daher, entgegen den Pressemitteilungen von SPD und Grünen, die Sie vielleicht gelesen haben, keiner Einladung dieser beiden Parteien Folge geleistet, sondern sie hat einer Einladung der Kommunen unseres Landes – es geht vor allem um die notleidenden Kommunen, deren Vertreter diese Sitzung veranlasst haben – Folge geleistet. Das haben wir gerne getan.

Erfolg hat bekanntlich viele Väter und Mütter. Wenn wir aus der heutigen Debatte nur einen einzigen Gewinner mitnehmen wollen, meine Damen und Herren, dann müssen das die Kommunen in unserem Land sein und keine der Parteien, die diesen Antrag unterschrieben haben.

(Beifall von der CDU)

Da wir gerade bei Richtigstellungen sind: Meine Damen und Herren, lieber Kollege Körfges, nicht der Stärkungspakt Stadtfinanzen war die Grundlage für unsere Gespräche, sondern das Positionspapier der CDU, das am Dienstag zuvor von uns verabschiedet worden ist, war Grundlage der Antragstellung. Dafür bin ich dankbar. Denn dieses Papier war wesentlich konkreter – und ist es auch heute noch – als der Ursprungsantrag von SPD und Grünen.

Meine Damen und Herren, der CDU war und ist es wichtig – jetzt möchte ich ein Wort aus einer Presseerklärung des Aktionsbündnisses vom 23. September 2010 aufgreifen –, mit diesem Antrag ein

klares Konzept mit einer ehrlichen Perspektive – so schreibt es damals das Aktionsbündnis – zu verfolgen und an einem Strang in die gleiche Richtung zu ziehen. Meine Damen und Herren, wir, die CDU, hat das mit ihrem Positionspapier „Kompass“ getan. Vieles davon findet sich auch in dem heute vorgelegten Antrag wieder.

Jetzt kommen wir zu der Frage, warum bestimmte Dinge so formuliert worden sind, wie sie formuliert sind: weil es für uns wichtig war, allen Kommunen in diesem Land ein Signal zu senden, weil wir mit diesem Signal zu verstehen geben wollen, dass wir verstanden haben, dass ihre Not jetzt präsent ist, weil wir verstanden haben, dass es jetzt notwendig ist, schnell zu handeln.

Meine Damen und Herren, wir haben es aber auch so formuliert, wie wir es formuliert haben, damit die klaren Unterschiede zwischen Regierungsfractionen und CDU hier zur Sprache kommen können. Die Fortschreibung gemeinsamer Positionen war uns ebenso wichtig wie das deutliche Herausstellen trennender Dinge.

Die Tatsache, dass wir gemeinsam formuliert haben, dass unser Land einen Beitrag in einer gewissen Höhe zu diesem Fonds leistet, sagt noch nichts darüber aus, in welcher Art und Weise und in welcher Form dieser Beitrag zu leisten ist.

Damit sind wir bei den fundamentalen Unterschieden zwischen Regierungsfractionen und der CDU: Eine Finanzierung kommunaler Hilfen durch neue Schulden ist mit der CDU nicht zu machen.

(Beifall von der CDU und von Ralf Witzel [FDP])

Wir werden uns vom Grundsatz des generationsgerechten, des soliden und des nachhaltigen Handelns nicht verabschieden. Wer von Kommunen verlangt, meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, jeden Eurocent umzudrehen, wenn sie von Landeshilfen profitieren wollen, der muss mit gutem Beispiel vorangehen. Der muss die gleichen Maßstäbe, die er an andere legt, auch an sich selbst anlegen.

(Beifall von der CDU)

Und der muss auch gerade vor dem Hintergrund der zu erwartenden Steuermehreinnahmen in 2011 jetzt die Nettoneuverschuldung reduzieren. Man darf solche Hilfsprogramme nicht über neue Schulden finanzieren.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Für den, der nur einen Hammer in seinem Werkzeugkasten hat, sieht jedes Problem wie ein Nagel aus.

In der Anhörung hat beispielsweise Herr Junkerheinrich – jemand, von dem wir ja jetzt auch ein Gutachten zu erwarten haben – eindeutig darauf hingewiesen und die Forderung der kommunalen

Entschuldung mit der Entschuldung des Landes zwingend verbunden.

Als Sie das gehört haben, müssen Ihnen doch die Ohren geklingelt haben, Herr Körfges, weil Sie jetzt exakt das Gegenteil dessen machen, was dort weit überwiegend – mit Ausnahme der Hans-Böckler-Stiftung, von der es auch nicht zu erwarten war, dass sie eine andere Position einnimmt – als Position vorgetragen worden ist.

Meine Damen und Herren, die CDU will die Hilfe für die Kommunen auf den Weg geben. Aber sie wird in der Frage, woher das zur Verfügung stehende Geld denn stammt, nicht von ihren richtigen und wichtigen im Positionspapier vorgestellten Grundsätzen abweichen.

Meine Damen und Herren, Papier ist geduldig, die notleidenden Kommunen sind es nicht. Und: Kommunalpolitiker – das haben wir ja auch in der Diskussion festgestellt – sind Politiker, die sich an der Realität orientieren.

Daher ist es jetzt an der Zeit, konzentriert und zügig zu handeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungsfractionen, überprüfen Sie doch einmal Ihren Werkzeugkasten! Da finden Sie nicht nur diesen Neuverschuldungshammer, den Sie ständig schwingen. Da finden Sie beispielsweise auch das gute Instrument der Einsparungen in einem Landeshaushalt. Da finden Sie das gute Instrument der Steuermehreinnahmen.

Die CDU ist Ihnen bei der Formulierung des heute vorgelegten Antrags an mehreren Positionen weit entgegengekommen. Jetzt aber, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, liegt der Ball in Ihrem Spielfeld. Springen Sie jetzt über Ihren Schatten, meine Damen und Herren, und geben Sie Ihre Verschuldungspolitik auf, damit die jetzt gegebenen deutlichen Signale in Richtung Kommunen über den Tag hinaus auch ihre Wirkung entfalten können!

(Beifall von der CDU und von Reiner Priggen [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Herter.

Marc Herter (SPD): Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Besucher auf der Besuchertribüne, die Sie ja nicht nur Besucher, sondern zum allergrößten Teil auch Akteure auf der kommunalen Ebene sind! Die Oberbürgermeisterin von Mülheim hat heute bei einer anderen Veranstaltung im Laufe des Tages gesagt: Es ist ein guter Tag schon deshalb, weil diese Sitzung stattfindet. – Das ist auch so. Wir tauschen uns heute über die Konzepte aus, die wir haben, um die

kommunale Finanzsituation nachhaltig zu verbessern.

Ich füge hinzu: Dies ist auch ein guter Antrag allein schon deshalb, weil drei Fraktionen im Hause, die SPD, die Grünen und auch die CDU, ihn hier gemeinschaftlich einbringen.

(Beifall von der SPD)

Das war nicht einfach. Das war ein gutes Stück Arbeit, das auf den Weg zu bringen. Aber ich denke, es hat ein gutes Ergebnis gezeitigt.

Warum ist das so? – Das liegt nicht daran, dass der eine den anderen nur eingeladen hat – das haben wir ja in den letzten Wochen und Monaten in diesem Hause wechselseitig zur Genüge getan, ohne dass das immer durchschlagenden Erfolg hatte –, sondern daran, dass die dramatische Finanzlage der Städte und Gemeinden in diesem Lande uns gemeinschaftlich dazu gezwungen hat. Wer bei Liquiditätskrediten in Höhe von 20 Milliarden € zum 30. Juni und über 90 % der Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt untätig bleibt, wer da nicht seine Gemeinsamkeiten entdeckt, der kann das nicht richtig wahrnehmen, was im Moment in diesem Land in den Städten und Gemeinden abläuft.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ein Zweites haben wir uns zu Eigen gemacht, nämlich das Vorbild der kommunalen Familie, auch das Vorbild der Memorandumstädte, über Parteigrenzen hinweg dafür zu sorgen, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen, dass das Dasein für die Bürgerinnen und Bürger wieder und weiterhin möglich ist in diesem Lande.

Wir widerstanden gemeinschaftlich, die Differenzen zu betonen. Dass es sie gibt, ist ja hier heute deutlich geworden, insbesondere bei der Finanzierung. Ich will zum Schluss noch einmal darauf zurückkommen.

Entstanden ist ein tragfähiger Konsens und eben nicht – wie man hätte erwarten können – der Kompromiss des kleinsten gemeinsamen Nenners, und das auch deshalb, weil es hier darum geht, Perspektiven aus der Vergeblichkeitsfalle aufzuzeigen. Nein, es geht nicht um einen Selbstzweck der Kommunalfinanzen. Es geht um die Menschen vor Ort. Es geht um gute Kindertagesstätten und Schulen, um ordentliche Straßen, um Kulturprogramme und auch um lebendige Sportvereine. Mit einem Wort: Es geht um die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden unseres Landes.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Drei Botschaften, nein vier, hat dieser Antrag.

Die erste Botschaft – das ist vor diesem Antrag passiert, deswegen drei oder vier – ist: Das Land ist in Vorleistung getreten mit 300 Millionen € über das GFG, 150 Millionen € über die zusätzliche Kita-Finanzierung und 170 Millionen € durch die Ausset-

zung der Einheitslastenabrechnung. Nur diese Nothilfe hat es uns ermöglicht, an dieser Stelle schon in diesem Jahr wirksam für die Kommunen tätig zu werden, eine Leistung, die dringend notwendig war angesichts der leeren Kassen in den Kommunen in diesem Jahr anlässlich der Vergeblichkeitsfalle.

(Beifall von der SPD)

Das unterscheidet uns eben von der Vorgängerlandesregierung. Wir greifen den Kommunen nicht in die Tasche und reden gleichzeitig davon, ihnen zu helfen, sondern wir sorgen dafür, dass nachhaltig in jedem Jahr Hilfe fließt.

Die zweite Botschaft ist: Die Fraktionen im Landtag gehen gemeinschaftlich in Richtung Berlin. Sie sagen gemeinschaftlich: Es muss Schluss sein mit dem Abwälzen der Kosten von Transferleistungen auf die Kommunen, egal, ob das die Kosten der Unterkunft, der Eingliederungshilfe, der Grundsicherung nach dem SGB oder auch der Pflege, des Alters und des KJHG sind.

Aber damit nicht genug: Es geht nicht nur darum, weitere Kostenverlagerungen nicht zuzulassen, sondern den Trend umzukehren. Es geht darum, die Hälfte der entsprechenden Kosten durch den Bund tragen zu lassen – eine gerechtfertigte Forderung, sieht man sich an, dass der Sozialleistungsträger in unserem Staatswesen der Bund sein müsste und die Kommunen in dem Sinne nur ausführende Instanz sind. Wirksame Konsolidierung geht – gerade in den am meisten betroffenen Städten – nachhaltig nur auf diesem Wege. Deshalb ist es gut, dass wir uns da hier im Lande einig sind. Es ist gut, dass wir einen gemeinsamen Weg gefunden haben. Besser wäre es, wenn die Bundesregierung an unserer Seite stehen würde.

Die aktuellen Beschlüsse – die Ministerpräsidentin hat es angesprochen – sowohl zum Städtebau als auch zu der Frage: „Wie sieht es denn mit den Zuschüssen in die Rentenversicherung aus?“, sprechen eine andere Sprache. Man sieht sehr deutlich, dass wiederum Kosten zu den Kommunen verlagert werden. Denn wer trägt denn hinterher die Grundsicherung im Alter für diejenigen, für die nicht in die Rentenkasse eingezahlt worden ist? Es sind wieder die Kommunen, und das ist das Gegenteil von dem, was im Moment gefordert und gesagt wird.

Dritte Botschaft: Wir lassen die Kommunen – insbesondere diejenigen, denen es im Moment besonders dreckig geht, bei denen die Liquiditätskredite inzwischen dazu führen, dass sie erdrückt, erdrosselt werden – nicht im Stich. 300 bis 400 Millionen € sollen hierfür zur Verfügung gestellt werden. Es ist gut, dass wir uns auch über diese Summe verständigen konnten. Gutachten sind dazu vergeben; die Herren Lenk und Junkernheinrich sind angesprochen worden. Darin sind die Kriterien sowohl für die Mechanismen als auch für die Vergabe an diejenigen, die das hinterher beziehen sollen, festzulegen.

Eines ist klar – gerade deshalb stehen keine weitergehenden Festlegungen darin –: Uns kommt es darauf an, dass die konkreten Mechanismen der Hilfe auf der Grundlage des Gutachtens in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden zu vereinbaren sind, nicht über die Köpfe der kommunalen Spitzenverbände, der Städte und Gemeinden hinweg, sondern in enger Abstimmung mit ihnen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Botschaft 4: Wir setzen selbstverständlich auch auf die Konsolidierungsbereitschaft der Kommunen. Wir wollen diese nicht durch die Inhalte dieses Antrags ersetzen, sondern erst ermöglichen und erfolgreich machen und am Ende erreichen, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger wirksam wird. Deshalb ist hier von einem Eigenanteil, von eigenen Konsolidierungsanstrengungen die Rede. Nein, wir erwarten nicht die kurzfristigen Konsolidierungsanstrengungen, die Kürzungen im Personaletat und bei den Sozialleistungen, sondern wir wollen sicherstellen, dass in den Kommunen endlich wieder langfristige Konsolidierungsstrategien – etwa bei der Prävention oder bei der Energieeffizienz – möglich sind.

Letzter Punkt: Ich will gerne auf das Beispiel vom Rettungsring eingehen – nicht nur, weil es vom Oberbürgermeister meiner Heimatkommune stammt. Die FDP hat eine Konditionierung eingebracht. Die CDU hat gerade deutlich gemacht, dass die Konditionierung, dafür keine Verschuldung einzugehen, für Sie hinterher im Beschlussverfahren sehr wichtig sein wird. Wenn ich an den Rettungsring denke, ist das so: Da unten ersäuft jemand, und wir wollen den Rettungsring werfen; aber manche von uns stehen oben auf dem Schiff und diskutieren, wie man den Ersatzring kaufen könnte, wenn man den Rettungsring geworfen hätte. – Das geht nicht. Wenn man helfen will, hilft man ohne Konditionierung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sind heute keine vorgezogenen Haushaltsplanberatungen. Ich würde mir vor allem wünschen, dass es keine vorgezogenen Haushaltsplanberatungen auf dem Rücken der Kommunen werden. Ich möchte die FDP gerne fragen, ob sie angesichts der Haushaltssituation des Bundes diese Vorbehalte auch hatte, als es um die Förderung der Hotels und der Hotelhallen und nicht um die Förderung der Kommunen ging.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zurufe von der FDP)

– Das müssen Sie sich schon gefallen lassen; das kann vorkommen. – Das ist heute ein starkes Signal nach Berlin; das ist auch ein starkes Signal in die Rathäuser. Wir setzen auf die Gestaltungskraft vor Ort, auf die Eigenverantwortlichkeit von tüchtigen Kommunalpolitikerinnen und -politikern, von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wir uns hier nicht vertun: Wir legen heute die Messlatte bei der Konsolidierungshilfe für die Kommunen und bei der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Kommunen sehr hoch. Der Lackmустest wird aber nicht heute bei diesem Antrag, sondern bei den konkreten Gesetzgebungsvorhaben stattfinden: beim GFG 2010, beim GFG 2011, beim Gesetz über die Konsolidierungshilfe, auch bei der erforderlichen Anpassung des Gemeindehaushaltsrechts. Ich hoffe, dass der gute Start, den wir hier heute hinlegen, zu einem guten Ergebnis und zu den entsprechenden Mehrheiten führt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die grüne Fraktion spricht Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Herter hat eben mit den Worten geendet, dass der Lackmустest erst bei den konkreten Gesetzgebungsverfahren kommt. Ich hatte eigentlich in den zweieinhalb Tagen, in denen wir über diesen Antrag verhandelt haben, den Eindruck, dass sich die CDU-Fraktion tatsächlich bewegt hat, weil sie sich tatsächlich die Mühe gemacht hat, einen vierseitigen Antrag auf die Beine zu stellen, der – zumindest empfinde ich das so – Hand und Fuß hat und eine ernsthafte Kurskorrektur gegenüber dem bisher Vorgetragenen darstellt.

Ich kann das Lob zurückgeben und bedanke mich ausdrücklich für die Gesprächsatmosphäre, als wir über sämtliche Punkte im Einzelnen gesprochen haben. Wenn Sie, Herr Kollege Löttgen, aber heute das Trennende zu 80 % in den Mittelpunkt Ihrer Rede stellen, muss ich mir schon die Frage stellen, ob Sie die Konditionierung der dort beschriebenen Maßnahmen in den Vordergrund stellen oder ob Sie in den Vordergrund stellen, dass wir zum einen tatsächlich mit einem starken Signal nach Berlin gehen und zum anderen eigene Anstrengungen hier im Land gemeinsam vereinbart haben. Ich unterstelle nach wie vor, dass das gilt, was in diesem Antrag steht, und dass wir auch gemeinsam zu diesem Antrag stehen, ansonsten könnte man sich solche Übungen auch sparen.

Zum Thema „Sparen“ bzw. „Steuermehrnahmen“ – die Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen –: Was sind denn Steuermehrnahmen? Sind Steuermehrnahmen die Veränderungen von Prognose 1 zu Prognose 2? Sind Steuermehrnahmen die Einnahmen, die das Haushaltsjahr B gegenüber dem Haushaltsjahr A mehr hat? Und darf man diese deswegen dafür verwenden, bestimmte Projekte zu finanzieren?

Was passiert denn, wenn wir unseren Antrag ernst nehmen und die Steuereinnahmen im Jahr 2012 möglicherweise wieder sinken oder stetig bleiben? Ist dann der Pakt für die Kommunen vorbei? Ist das die Verlässlichkeit des Landtags, die wir hier demonstrieren wollen? – Das kann doch nicht unser Ernst sein.

Noch ein Zweites, worauf ich dringend hinweisen muss: Wenn wir uns hier im Landtag – und das habe ich so verstanden – einig darüber sind, dass ein dynamischer Aufwuchs in einer Größenordnung von etwa 15 bis 20 Milliarden € in Richtung Berlin geschoben werden soll – oder andersherum: dass Berlin endlich die Verantwortung für diese Finanzierung bei den sozialen Transferleistungen übernimmt –, dann muss doch auch hier die Frage gestattet sein, wie das finanziert werden soll. Soll der Bund diese 20 Milliarden € irgendwoher zaubern? Oder wird sich der Bund dort nicht auch festlegen müssen, eine Priorisierung für diese 20 Milliarden € vorzunehmen und möglicherweise auch Steuern zu erhöhen oder an anderer Stelle einzusparen?

Dann stellt sich die zweite Frage. Wenn es so ist, dass diese 20 Milliarden € Priorität haben, dann frage ich mich schon, warum es Jubel und Zustimmung im Bundesrat zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz gegeben hat, bevor diese Gelder in die Richtung Nordrhein-Westfalen und andere Bundesländer geflossen sind. Spätestens da endet doch die Glaubwürdigkeit dieser Argumentation.

Eins möchte ich an dieser Stelle auch ganz klar sagen: Die Grünen haben sich deswegen an diesem Antrag beteiligt, weil wir den Eindruck hatten, dass die Hilfen für die Kommunen und das Signal nach Berlin bedingungslos kommen, dass wir – die drei Fraktionen, von denen der Antrag stammt und die ihm zustimmen – der Auffassung sind, dass wir von heute an auch tatsächlich an diesem Ziel arbeiten, dass wir daran arbeiten, dass es in Berlin eine ernsthafte Veränderung gibt und dass es keine Resolution ist, sondern dass wir uns im Bundesrat und in den Parteien entsprechend verhalten und im Zweifel auch die Änderung in dieser Weise herbeiführen.

Noch einmal zu den Schulden: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie sagen: Diese Hilfen dürfen nicht auf Pump kommen. Dabei war ich auch beeindruckt von dem, Herr Kollege Papke, was Sie zu den Kommunen gesagt haben: Sie haben quasi nichts gesagt, unter einem falschen Tagesordnungspunkt schon Verfahrensvorschläge zum Antrag gemacht, und dann stellt sich der Kollege Engel hierhin und trägt vor, dass die Kommunen im Prinzip gar keine großen Probleme hätten, weil die Stadt Solingen gerade ihren Haushalt in Ordnung bringen würde. Ich empfehle einen kleinen Ausflug nach Solingen, um sich mal anzusehen, wie der Haushalt dort tatsächlich aussieht und wie weit die Stadt von einem Haushaltsausgleich und von einer

strukturellen Gesundung der Finanzen entfernt ist. Dann würden Sie so etwas hier nicht mehr ernsthaft vortragen können.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE] – Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Aber selbst, wenn man Sie darin ernst nimmt, Hilfen nicht auf Pump zu machen: Was heißt das denn? – „Hilfen nicht auf Pump“ heißt doch beim Gesamtdeckungsprinzip, dass ein Haushaltsausgleich des Landes vorliegen müsste, um diese Losung einhalten zu können. Wir werden nachweisen, dass wir mit dem Nachtragshaushalt zumindest annähernd wieder Haushaltswahrheit wiederherstellen. Aber selbst wenn wir die Zahlen unseres früheren Finanzministers Linssen nehmen! 6,6 Milliarden € sind für drei Jahre fortgeschrieben worden. Heißt das, dass man, bis der Haushaltsausgleich fortgeschritten ist, erst dann eine Finanzierung dieser Alt-schuldenshilfe vornehmen kann? – Das kann doch auch nicht Ihr Ernst sein. Das meinen Sie auch nicht ernst, weil Sie sonst einen solchen Antrag hier nicht vorlegen könnten. Bleiben Sie in Ihrer Argumentation geradlinig und lassen Sie uns gemeinsam ein klares Signal nach Berlin schicken.

Es ist doch – insbesondere für Nordrhein-Westfalen und unsere Städte – schlicht ungerecht, dass die sozialen Transferleistungen auf dieser Art und Weise von den Kommunen finanziert werden. Die Kollegin Schneckenburger hat auf den Betrag hingewiesen: Im Vergleich der westdeutschen Flächenländer zahlen wir 2 Milliarden € mehr für soziale Transferleistungen. Wenn man eine gleichmäßige Überbelastung der Kommunen vornehmen würde, hätte ich ja noch Verständnis. Aber bei einer derartigen Ungerechtigkeit der Verteilungsmasse und der Chancenungleichheit in Deutschland können wir das nicht weiter hinnehmen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Deshalb bitte ich darum, dass alle Fraktionen diesem Antrag zustimmen und tatsächlich das passiert, was wir mit diesem Antrag intendiert haben: a) ein klares Signal nach Berlin zu senden und b) – im Nachtragshaushalt ist es begonnen, es wird mit dem nächsten Haushalt noch intensiver verfolgt werden – durch klare Hilfen mit einer Entschuldung der Kommunen anzufangen. Das muss bedingungslos geschehen, es darf nicht konditioniert werden; sonst sind wir als Land nicht verlässlich.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Engel?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Nein. Die FDP gestattet keine Zwischenfragen; also mache ich das auch nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie möchten also keine Zwischenfrage zulassen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Ich möchte schließen noch einmal mit dem Stichwort „Schulden“. Eins dürfen Sie nicht vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und insbesondere von der FDP: Die Menschen in den Kommunen und ganz besonders die Hauptverwaltungsbeamten und die Menschen in den Räten sind doch nicht so dumm, dass sie dieses Spiel nicht verstehen würden. Unterlassen Sie es doch! Sie haben doch so viele Probleme, das dann in Ihren eigenen Parteien erklären und sich rechtfertigen zu müssen.

Setzen Sie an dieser Stelle ein klares Signal, stimmen Sie dem Antrag zu, und unterlassen Sie diese Spielchen. Den FDP-Antrag werden wir selbstverständlich ablehnen. Dazu brauchen wir auch keine Sitzungsunterbrechung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion hat das Wort nun Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Mostofizadeh, ich möchte gerne Ihren Gedanken aufgreifen und das betonen, was uns hier eint – auch, wenn Sie uns immer wieder einreden wollen, wir seien kommunalfeindlich. Ich möchte das betonen, was uns eint, während Sie betonen, was uns trennt. Das ist der Unterschied.

Sie haben als Sozialdemokraten und Grüne Anfang dieser Woche einen Antrag zugeleitet, den wir am Dienstag in der Fraktion beraten haben. Der rot-grüne Antrag für den heutigen Tagesordnungspunkt, den Sie dann wieder zurückgezogen haben, traf die Zustimmung der Freien Demokraten. Insofern bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass das, was uns eint, nämlich die Sorge um die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen, hier nicht ständig streitig gestellt werden sollte. Dass man über Mittel und Wege unterschiedliche Auffassungen hat, ist das Wesen der Demokratie.

Es eint uns, meine Damen und Herren, dass die Soziallastenproblematik in Deutschland das Hauptproblem für die kommunalen Haushalte ist. Dazu ist unter Tagesordnungspunkt 1 heute vieles unter anderem von der Ministerpräsidentin gesagt worden. Ich will nicht alles wiederholen, aber doch noch einige Bemerkungen dazu machen. Es geht um die

Kosten der Unterkunft, die Eingliederungshilfe für Behinderte, die Hilfe zur Pflege, die Grundsicherung im Alter und die Kinder- und Jugendhilfe.

Dabei ist die Frage zu stellen: Warum sprengen die Soziale-tats der Kommunen sämtliche kommunalen Haushalte? Bevor man anfängt, Geld zu verteilen, ist es klug, sich noch einmal genau zu vergegenwärtigen, warum wir diese Sprengung der Soziale-tats in den Haushalten haben. Warum ist das so?

Das ist deshalb so gekommen, weil wir Bundesregierungen hatten, die bislang sehr stark Wohltaten auf Kosten der kommunalen Familie verteilt haben.

(Minister Ralf Jäger: Hotelsteuer!)

Ich will mit dem Jahr 2005 beginnen. Wenn Sie, Herr Minister Jäger, das Wort „Hotelsteuer“ hineinraunzen, sage ich Ihnen: Im Gegensatz zu dem, was 2005 mit Hartz IV passiert ist, ist die Hotelsteuerdebatte ein Pipifax und ein Ablenkungsmanöver, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Es war doch wohl Franz Müntefering, der gesagt hat, die Kommunen würden um 2,5 Milliarden € entlastet, wenn wir Arbeitslosenhilfe steuerfinanziert und Sozialhilfe kommunal getragen zusammenführen. Das Gegenteil ist der Fall.

Genau das Gleiche, meine Damen und Herren, hatten wir unter Rot-Grün 2003 bei der Grundsicherung im Alter. Die Kosten sind genauso wie die Fallzahlen exorbitant gestiegen. Das wurde damals nicht solide von Ihnen finanziert.

Lassen Sie uns die Vergangenheit Vergangenheit sein und gemeinsam nach vorne schauen. Wir sollten nicht den gleichen Fehler begehen, ständig ritualisiert zu diskutieren. Uns eint die Sorge um die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung. Denn, meine Damen und Herren, Frau Kollegin Schneckenburger hat es etwas flapsig in Richtung des Kollegen Papke mit Blick auf die kommunale Kompetenz gesagt: Die Kommunalpolitik ist die Königsdisziplin in der Politik.

Auch die Freien Demokraten haben viele Mandatsträger. Es gibt viele mit kommunaler Kompetenz, die bei den Freien Demokraten in Verantwortung stehen. Ich zähle mich zu denen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Was müssen wir tun? Wir müssen den Bund erheblich stärker beteiligen. Wir müssen eine angemessene kommunale Finanzausstattung bereitstellen. Denn es ist doch völlig klar, dass es insgesamt drei Wirkungen der Sozialkosten gibt. Die Sozialkosten haben eine große fiskalische Gesamtbedeutung. Sie haben eine hohe und höchste Steigerungsdynamik aufgrund bestimmter Entwicklungen, die heute Morgen schon beschrieben worden sind. Hinzu kommt: Wir haben eine äußerst geringe kommunal-

politische Gestaltbarkeit bei den Sozialkosten. Deswegen sind wir uns einig: Der Bund ist in der Pflicht.

Was in dem Antrag formuliert ist, findet unsere Zustimmung in diesem Punkt absolut. Das haben die Kollegen Papke und Engel deutlich gemacht. Ich betone es noch einmal: Dauerhaft tragfähige Lösungen für die kommunale Selbstverwaltung sind ohne den Bund nicht möglich.

Aber auch die Kommunen haben eine Verantwortung. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass das heute von fast allen Fraktionen gesagt worden ist. Die Haushaltskonsolidierung ist wichtig. Kommunen, denen geholfen wird, muss auch zugemutet werden, Eigenleistungen zu erbringen. Frau Ministerpräsidentin, das ist völlig in unserem Interesse.

Wir müssen darauf achten und dafür Sorge tragen, dass die Kommunen, die Hilfen bekommen, feste Tilgungspläne für ihre Altschulden entwickeln und dass sie durch die Kommunalaufsicht nicht nur beraten, sondern auch klar mit Best-Practice-Beispielen aus anderen Kommunen konfrontiert werden. An dieser Stelle sollten die Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten der Kommunalaufsicht verbessert werden.

Ja, wir brauchen einen Paradigmen- oder Mentalitätswechsel. Gerade weil das so ist, müssen wir auch die Hilfen so ausgestalten, dass wir keine falschen Anreize setzen. Kommunen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Kommunen mit hohen Finanzierungssalden dürfen nicht dadurch belohnt werden, dass gut haushaltende Städte die Dinge am Ende mit abwickeln müssen. Das darf nicht sein. Dafür können wir natürlich nicht stimmen.

Schließlich, meine Damen und Herren, ist entscheidend, dass Land und Kommunen in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden sind. Das Land hat eine große Verantwortung. Die Worte „Schulterschluss“ und „gemeinsam zusammenstehen“ sind gefallen. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass es Konsolidierungsbemühungen des Landes für die Kommunen gibt. Entschuldungshilfen und Abbau von Kassenkrediten – das ist wichtig für die Städte.

Aber das muss mit einer soliden Finanzierung des Landeshaushalts von Nordrhein-Westfalen einhergehen. Das Land ist kein barmherziger Samariter. Sie kennen vielleicht das Zitat von Margaret Thatcher, die einmal gesagt hat, nicht einer würde sich an den guten Samariter erinnern, wenn er nur gute Absichten gehabt hätte. Er hatte auch Geld.

Das Land braucht Geld für diese Programmatik und für diese Hilfen. Deswegen ist es wichtig, seriös und haushaltspolitisch geboten, sie entsprechend abzusichern und nicht Schulden mit neuen Schulden und Kredite mit neuen Krediten zu bezahlen. Davon haben auch die Kommunen nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist unsere Position.

(Beifall von der FDP)

Ich freue mich über sehr viele Übereinstimmungen am heutigen Tag. Die kommunale Familie hat ein großes Sprachrohr in diesem Hohen Hause. Das ist gut.

Ich wünsche mir, dass wir die Seriosität der Haushalts- und Finanzpolitik nicht aus dem Blick verlieren. Deswegen lohnt es sich für alle Fraktionen, bei unserem Antrag genau hinzuschauen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Abruszat. – Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion Die Linke Frau Kollegin Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Dank“ der Politik der vergangenen Jahre in Bund und Land hat sich die Haushaltssituation vieler Gemeinden immer weiter verschlechtert. Viele Kommunen sind kaum noch handlungsfähig. Für das laufende Jahr rechnet der Deutsche Städte- und Gemeindebund mit einem Rekorddefizit in Höhe von insgesamt 15 Milliarden €. Auch in den Folgejahren 2011 bis 2013 wird mit zweistelligen Milliardendefiziten gerechnet.

Die Kommunen sind an dieser Situation nicht schuld. Sie übernehmen schon seit Jahren gezwungenermaßen Aufgaben, die ihnen von Europa, Bund und Land übertragen werden. Dies führt einerseits zu höheren Ausgaben und andererseits zu sinkenden Einnahmen. Fehlentscheidungen der verschiedenen Bundesregierungen wie auch der schwarz-gelben Landesregierung haben dazu geführt, dass die Sozialausgaben für die Kommunen explodieren, obwohl bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern immer weniger ankommt. Allein der Bundestagsbeschluss zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft der Hartz-IV-Bezieher hat zu einem Anstieg der bundesweiten kommunalen Belastungen mit Unterkunftskosten in Höhe von 11 Milliarden € geführt. Die dafür verantwortlichen Parteien sind und bleiben keine Freunde der Kommunen.

Wir von der Linken werden in die Plenarsitzung im November einen Antrag einbringen, der die Kosten der Unterkunft behandelt.

Sowohl unter der Großen Koalition als auch unter Schwarz-Gelb hat die Bundesregierung Gesetzesvorhaben zu Steuerentlastungen auf den Weg gebracht, die gerade die kommunalen Steuereinnahmen empfindlich treffen. Vom Verfassungsgerichtshof NRW ist, wie schon heute Mittag erwähnt wurde, festgestellt worden, dass die Kommunen bei der Kindertagesbetreuung durch die Vorgängerregierung übermäßig belastet worden sind. Die Kosten für die Kindertagesbetreuung liegen bei 14,5 Milliarden €.

Einnahmeausfälle und Ausgabensteigerungen – das ist ein Spagat. Dieser Spagat ist auf Dauer nicht zu verkraften. Vielen Gemeinden droht der finanzielle Kollaps. Die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung wird immer weiter ausgehöhlt. Wir müssen die Einnahmeseite stärken, denn die Kommunen haben vor allen Dingen ein strukturelles Einnahmeproblem.

Zu den strukturellen Problemen kommen jetzt auch noch die enormen Einbrüche bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Insgesamt mussten die Kommunen im Jahre 2009 Steuermindereinnahmen in Höhe von 7,1 Milliarden € verkraften. Für die Linke bedeutet dies im Unterschied zur FDP aber keinesfalls, dass die Gewerbesteuer abzuschaffen wäre. Im Gegenteil: Unserer Auffassung nach sind Einbrüche der letzten Jahre darauf zurückzuführen, dass die Gewerbesteuer in der Vergangenheit nur unzureichend stabilisiert wurde.

Noch im Mai 2009 hat die Bundeskanzlerin auf dem Städtetag in Bochum – das war noch vor der Wahl – versprochen, dass an der Gewerbesteuer nicht gerüttelt werden soll. Dann kamen die Bundestagswahl und ein neuer Koalitionspartner. Heute ist die Bundesregierung dabei, die Abschaffung der Gewerbesteuer zu diskutieren und zu beschließen. Dem muss sich die Landesregierung im Bundesrat und in der Gemeindefinanzkommission entgegenstellen. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter und fordern die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzsteuer. Insofern sind wir froh, dass SPD und Grüne heute über ihren Schatten gesprungen sind und auch einem Antrag von uns zugestimmt haben, nämlich dem Entschließungsantrag, in dem genau diese Forderung aufgestellt wird.

Meine Damen und Herren, gerade in der Krise müssen wir sicherstellen, dass die Gemeinden über genügend finanzielle Mittel verfügen, um ihre Aufgaben in guter Qualität erfüllen zu können. Die Lasten der Krise, der Steuergeschenke und Bankenrettungspakete dürfen nicht auf die Kommunen und damit auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden.

In einem nächsten Schritt müssen wir die Definition von freiwilligen Ausgaben hinterfragen und das restriktive Einschreiten der Kommunalaufsicht infrage stellen. Das haben wir in diesem Hohen Hause bislang zu wenig gemacht. Wir müssen die Ermessensspielräume schaffen, die auch finanzschwachen Kommunen die Möglichkeit einräumen, sich an Förderprogrammen zu beteiligen und freiwillige Leistungen zu erbringen. Wir brauchen einen Entschuldungsfonds für die Kommunen und nicht Zinszahlungen für die Banken, wie die CDU es fordert.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das Ausbluten der öffentlichen Haushalte muss ein Ende haben. Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und im Sinne der Kommunen müssen wir Sozialabbau, explodierende Gebührenerhöhungen im Bereich der Daseinsvorsorge, Personalabbau und Privatisierung verhindern.

Ich möchte nun noch ganz kurz auf die Ausführungen von Herr Herter eingehen, der eben gesagt hat: Wenn wir Hilfe geben, können wir das nicht an Konditionen knüpfen. – Genau das ist der Grund, dass wir uns fragen, warum Sie heute einen gemeinsamen Antrag mit der CDU eingebracht haben, in dem Sie sich auf eine Kompromisslösung mit genau diesen Hürden, diesen Konditionen für die Kommunen geeinigt haben. Wir sind der Meinung, dass die Eigenbeteiligung der Kommunen nicht in ein Entschuldungsprogramm gehört, und glauben auch nicht, dass wir den Kommunen unterstellen können, dass sie nicht bereit sind, Konsolidierung zu betreiben.

Wir werden uns bei der Abstimmung über den Antrag von CDU, SPD und Grünen zwar der Stimme enthalten, aber bei der Gesetzesgestaltung genau hingucken, was konkret herauskommt. Wenn es im Sinne der Kommunen ist, dann werden wir dem natürlich zustimmen. Aber wenn Sie sich nur mit der CDU einigen und dabei auf Kosten der Kommunen Entscheidungen treffen, dann werden Sie uns nicht an Ihrer Seite haben. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN – Ilka von Boeselaiger [CDU]: Gott sei Dank!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger^{*)}, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es geht heute nur vordergründig um viel Geld. Tatsächlich geht es heute um die qualitativen Grundlagen unseres Zusammenlebens. Die Kommunen legen mit ihren Möglichkeiten, mit ihrer Infrastruktur die Grundlagen dafür, dass sich 17 Millionen Menschen in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens wohlfühlen können.

Die Debatte heute – Herr Abruszat, da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht – hat überwiegend Gemeinsamkeiten gezeigt. Dass das nicht in einen gemeinsamen Antrag aller fünf Fraktionen mündet, ist manchmal so. Dass es nicht unbedingt an tragenden Dingen scheitert, das ist das politische Geschäft.

Als Kommunalminister nehme ich heute eine große Übereinstimmung aller fünf Fraktionen mit. Sie zeigen Verantwortung für die Lage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Das Parlament selbst will,

dass ein Konzept auf den Weg gebracht wird, mit dem die schwierige Situation – der Bankrott einzelner Städte droht – angegangen wird.

Herr Laumann, Sie hatten vorhin versucht, zu differenzieren: Es ist egal, ob es sich um kommunale Schulden oder Landesschulden handelt. – Dem möchte ich ein Zitat aus einem Aufsatz der Deutschen Bank mit dem Titel „Kommunalfinanzen – zukunftssicher aufgestellt?“ entgegenhalten, um noch einmal die Dramatik klarzumachen. Dort heißt es:

„Auch wenn die Bonität von Kommunen in der Vergangenheit nicht in Frage gestellt worden ist und die Zinsbelastung damit für alle gleich war, kann man darüber diskutieren, ob eine Kommune bei großer Schiefelage nicht doch insolvent gehen könnte oder vielleicht auch sollte, um ihr einen geordneten Neuanfang zu ermöglichen.“

Das, meine Damen und Herren, macht klar, dass die Analysten und Spekulanten die Kommunalfinanzen schon längst ins Visier genommen haben. Wenn bereits die Deutsche Bank den Weg der Insolvenz einer Kommune erwägt, muss dieses Parlament dafür sorgen, dass die Gemeindefinanzen nicht zum Objekt von Spekulanten werden, und sich dagegenstemmen.

Ich will nur zwei, drei Zahlen nennen – viele sind schon erwähnt worden –, die die Dramatik deutlich machen. Allein in den Jahren 2005 bis 2010 haben sich die Liquiditätskredite in den Kommunen von 10 Milliarden € auf 20 Milliarden € verdoppelt, meine Damen und Herren. Wenn wir diesen Anstieg, diese Dynamik weiter zulassen würden, würde in der Tat das eintreten, was die Deutsche Bank in ihrem Aufsatz am Horizont aufgemalt hat: Dann gäbe es erste Kommunen, die Schwierigkeiten hätten, sich in ausreichender Weise mit Kreditmitteln zu versorgen. Was das an Rückforderungen gegenüber dem Land auslösen und an Kreditmittelfinanzierung für alle 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen bedeuten würde, dürfte jedem klar sein.

Es gibt – das soll so sein, so verstehe ich auch die Diskussion aller fünf Fraktionen heute – einen deutlichen Beitrag des Landes zur Sanierung der Kommunalfinanzen. Mit dem Nachtragshaushalt 2010 sind bereits 300 Millionen € als Soforthilfe vorgesehen, die in den nächsten Jahren kontinuierlich gezahlt werden sollen. Darüber hinaus soll neben den Leistungen des Bundes noch ein Betrag von etwa 300 bis 400 Millionen € zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen dienen. Das ist angesichts der Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen eine unglaubliche Kraftanstrengung.

Dies verstehe ich auch als Hinweis an diejenigen Verbandsvertreter, die in ihren Forderungsritualen in den nächsten Wochen und Monaten vielleicht versuchen werden, noch eine Schuppe draufzulegen. Es muss klar sein: Mehr kann das Land nicht leis-

ten. Wenn es um eine echte Konsolidierung geht, müssen Bund und Kommunen auch eigene Beiträge leisten.

Ich sehe die Diskussion als ein deutliches Signal in Richtung Berlin an. Mit der Explosion der Sozialkosten trägt der Bundesgesetzgeber eine Hauptverantwortung für die dramatische Entwicklung. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sagt klar: Der Bund ist in der Pflicht, Städte und Gemeinden von den Sozialausgaben, von den Unterkunftskosten dauerhaft zu entlasten, meine Damen und Herren; denn das sind keine kommunalen, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich bin jetzt zehn Jahre Mitglied dieses Landtags, meine sehr verehrten Damen und Herren, inzwischen als Minister in einer anderen Funktion.

(Zuruf von der CDU: Neun Jahre zu viel!)

Ich bin ein Fan des großen Soziologen Max Weber, der einmal in seinen Schriften gesagt hat: Gute Politik besteht aus Leidenschaft und Augenmaß. – Bei allen Fraktionen habe ich heute große Leidenschaft erkennen können, das Problem der Kommunalfinanzen angehen zu wollen. Augenmaß bedeutet aber auch, zu erkennen, was Einzelne leisten können.

Ich habe gerade versucht zu beschreiben, wie es um die Leistungsfähigkeit des Landes bestellt ist, ich habe gerade versucht zu beschreiben, was vom Bund erwartet werden muss. Da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht: In einem solchen Kraftakt, einem solchen Pakt, den wir zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen schließen wollen, muss es auch einen Eigenbeitrag der Kommunen geben. Sie müssen mit dazu beitragen, sich selbst zu konsolidieren. Dies ist in der Vergangenheit nicht immer mit aller Kraft getan worden, insbesondere dann, wenn bei aller Anstrengung und allen Sparbemühungen letztendlich keine nachhaltige Verbesserung der Haushaltssituation in der Kommune zu erzielen war, meine Damen und Herren.

Die Konsolidierung wirklich anzugehen, das nehme ich heute als Auftrag des Parlamentes mit. Es ist außerordentlich wichtig, dass der hier vorgelegte Antrag als Auftrag an die Landesregierung verstanden wird, mit dem Nachtragshaushalt 2010, aber auch mit dem Haushaltsentwurf des Jahres 2011 die Grundlagen dafür zu legen, mit den Landesmitteln, mit der Beteiligung der Kommunen, mit dem partnerschaftlichen Umgang, mit der Beratung der Kommunen einen Konsolidierungsweg einzuschlagen. Das muss in den Haushaltsentwurf eingearbeitet werden. Das werden wir tun.

Die Beratung des Antrags in der heutigen Sondersitzung zeigt: Dies war ein guter Tag für die Kom-

munen in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die Fraktion Die Linke hat sich noch einmal Frau Kollegin Demirel zu Wort gemeldet.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Herr Präsident! Ich habe eben vergessen, zu sagen, dass meine Fraktion die antragstellenden Fraktionen um getrennte Abstimmung gebeten hatte. Vor allen Dingen den Punkten 1 bis 4 des Antrags, in denen es um die Soziallasten, die Bundesbeteiligung und das GFG geht, können wir zustimmen. Punkt 5 und 6 können wir nicht zustimmen, weil Sie in Punkt 5 die Eigenbeteiligung der Kommunen fordern und in Punkt 6 Konsolidierungsziele als Bedingung anführen. Damit unterstellen Sie den Kommunen, dass sie vielleicht selber kein Interesse daran hätten. Wir glauben aber, dass die Kommunen und die Oberbürgermeister alle sehr stark daran interessiert sind. Aber das Problem ist ihr strukturelles Einnahmedefizit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Demirel. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen in drei Blöcken ab, wenn ich das so sagen darf.

Erstens. Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 15/459** ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die FDP und die CDU. Wer stimmt dagegen? – Die Linke, die SPD und die Grünen. Gibt es Enthaltungen im Hohen Haus? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der FDP **abgelehnt**.

Zweitens. Wir stimmen nun über den **Antrag** der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/435 – Neudruck** – ab. Die antragstellenden Fraktionen hatten direkte Abstimmung beantragt. Die Fraktion Die Linke hat eine Einzelabstimmung über die sechs Punkte des Forderungskataloges beantragt. Gibt es dagegen Bedenken? – Das ist nicht der Fall. Damit verfahren wir so.

Wir stimmen also zunächst über **Punkt III.1** – das ist der erste Punkt des Forderungskatalogs – ab. Wer stimmt diesem Punkt zu? – SPD, Grüne, Linke, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der erste Punkt einstimmig **beschlossen**.

Wer stimmt **Punkt 2** des Forderungskatalogs zu? – Linke, SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist auch Punkt 2 einstimmig **beschlossen**.

Wer stimmt **Punkt 3** des Forderungskatalogs zu? – Linke, SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist auch Punkt 3 einstimmig **beschlossen**.

Wer stimmt **Punkt 4** des Forderungskatalogs zu? – Linke, SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Punkt 4 einstimmig **beschlossen**.

Wer stimmt **Punkt 5** des Forderungskatalogs zu? – SPD, Grüne und CDU. Wer stimmt dagegen? – Die FDP. Wer enthält sich? – Die Linke. Damit ist Punkt 5 mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU mehrheitlich **angenommen**.

Wer stimmt **Punkt 6** des Forderungskatalogs zu? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist Punkt 6 mit den Stimmen von vier Fraktionen gegen Die Linke **angenommen**.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung über den **Antrag Drucksache 15/435 – Neudruck**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – CDU, SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – FDP und Die Linke.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bei Enthaltung von Linke und FDP ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen **angenommen**.

Drittens. Wir stimmen über den **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 15/460** ab, der inzwischen im Hohen Hause verteilt worden ist. Wer stimmt dem Entschließungsantrag der FDP-Fraktion zu? – Die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Wer stimmt diesem Antrag nicht zu? – Die SPD, die Grünen und Die Linke. Enthält sich jemand im Hohen Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linke **abgelehnt**.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 10. November 2010, 10 Uhr.

Ich wünsche eine gute Heimreise und ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:12 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.